Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 91 (2000)

Heft: 22

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

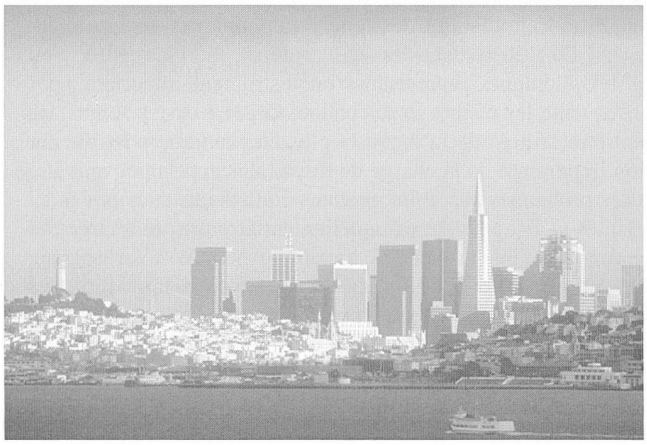
Politik und Gesellschaft
Politique et société

Kalifornische Strommarktderegulierung in Not

(sva) Kalifornien erlebt diesen Sommer grosse Schwierigkeiten mit der Stromversorgung und den Strompreisen. Gemäss einem Bericht der California Public Utilities Commission (GPCC) sind dies die Folgen einer Strommarktpolitik und von Verfahren, die im Lauf der letzten zehn Jahre eingeführt worden sind. So sah Kalifornien diesen Sommer sowohl eine grosse Volatilität bei den Strompreisen – beispielsweise einen gewaltigen Anstieg der Preise für Gross- und Einzelkunden in San Diego – als auch Stabilitätsprobleme bei der Stromversorgung. Diese gipfelten in bisher nicht dagewesenen Versorgungsunterbrüchen im Grossraum San Francisco. Für die GPCC sind dies zwar noch isolierte, aber ernstzunehmende Vorläufer für Ereignisse, die in den nächsten 30 Monaten auf die kalifornische Wirtschaft zukommen könnten. GPCC geht davon aus, dass in diesem Zeitraum weitere ernsthafte Versorgungs- und Preisschwierigkeiten ohne «regulative Änderungen» nicht ausbleiben werden. Für den Juni 2000 erhalten zum Beispiel die Kunden in San Diego verglichen mit der Vorjahresperiode eine doppelt so hohe Stromrechnung. Andere Teile des Staates seien nur noch bis spätestens am 31. Dezember 2001 vor solchen Strompreiserhöhungen für Einzelkunden geschützt. Die im Grossraum San Francisco aufgetretenen Versorgungsschwierigkeiten führt die GPCC auf das heisse Wetter, alternde Erzeugungs- und Übertragungsinfrastrukturen und untaugliche Strommarktmechanismen zurück.

Arrêt californien

(ep) Coup de frein à la libéralisation des marchés américains! L'Etat le plus peuplé fait marche arrière. Le Sénat californien a adopté un texte de loi qui impose un plafond aux tarifs d'électricité. De leur côté, cinq compagnies s'unissent pour relancer le nucléaire.



Stromversorgungsunterbrüche im Grossraum San Francisco.

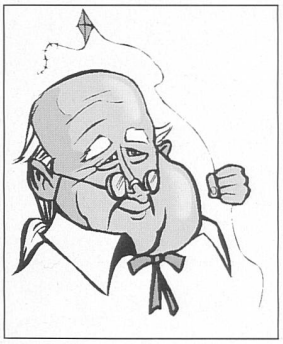
25 Jahre grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein

(ch) Am 21. September 2000 feierte die deutsch-französisch-schweizerische Regierungskommission gemeinsam mit ihrem regionalen Ausschuss, der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz, in Basel ihr 25-Jahr-Jubiläum. Die Region Oberrhein darf mit der in den letzten Jahren gewonnenen Dynamik als Modellregion in Europa für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit bezeichnet werden. Der Grundstein für diese gelungene Kooperation wurde mit der trinationalen Vereinbarung vom 22. Oktober 1975 gelegt. Die Regierungskommission wirkt als institutionelles Dach der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz (ORK). Diese beschäftigt sich als regionale Organisation mit den Schwerpunktbereichen Wirtschaft, Verkehr, Energie, Umwelt, Raumordnung und Kultur.

L'air malmené des Etats-Unis

(ep) S'il aime se présenter comme un écologiste convaincu, Al Gore n'aura néanmoins guère mis à profit ses huit années de vice-présidence pour améliorer concrètement la qualité de l'air que respirent ses compatriotes. Jamais la pression des combustibles fossiles sur l'approvisionnement énergétique américain n'a été aussi forte que ces dernières années. Après un léger coup de frein en 1998, les émissions de CO_2 des centrales américaines sont reparties de plus belle à la hausse en 1999. L'Energy Information Administration (EIA) souligne que les rejets issus de la combustion des agents fossiles ont progressé pour atteindre 5 milliards de tonnes de gaz carbonique (CO_2), qui s'ajoutent à des millions de tonnes d'autres gaz toxiques.

Der Blitzableiter



Wer zahlt den geklauten Strom?

Die falschen Kunden umsorgen gewisse Schweizer Stadtwerke, wenn sie die unbezahlten Stromrechnungen illegaler Hausbesetzer einfach beim Hauseigentümer einklagen. In einem konkreten Fall hatten die Eigentümer von der Polizei vergeblich die Räumung des Hauses verlangt. Darauf wandten sich diese an die Wasserversorgung und ans Elektrizitätswerk, damit Wasser und Strom abgeschaltet und die Besetzer zum Auszug gezwungen würden. Dies lehnten die Werke jedoch ab mit der Begründung, das würde gegen die Menschenrechte verstossen. «Durch ihre permissive Haltung hat die Stadtverwaltung Menschenrechtspolitik zu Lasten Dritter, der Hauseigentümer, getrieben», so der eingeschaltete Ombudsmann. Das Angebot der Stadt, einen Drittel der Kosten zu übernehmen, dürfte wohl ein Witz sein, wenn es nicht die traurige Wahrheit wäre. Im Zuge der kommenden Marktöffnung und der damit freien Lieferantenwahl steht es jedoch jedem Hauseigentümer frei, solche Lieferanten zu meiden oder eben keinen zu haben.

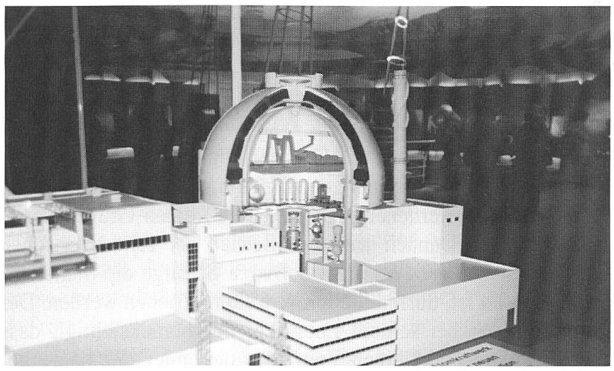
B. Frankl

Russlands Nuklearsektor reorganisiert

(sva) Der von der russischen Regierung angestrebte energie- und nuklearpolitische Wandel nimmt Schritt für Schritt Formen an. Die gesetzlichen Voraussetzungen sollen durch Änderung der Nuklear- und Umweltgesetzgebung geschaffen werden. Die Regierung hat eine entsprechende Vorlage dem Parlament jetzt erneut vorgelegt. Sie soll es erlauben, künftig wieder bestrahlten Brennstoff zur Lagerung und Wiederaufarbeitung zu importieren.

Das Ministerium für Atomenergie (Minatom) rechnet mit Milliardeneinkünften aus diesen Dienstleistungen. Durch die Einfuhr von 20 000 t bestrahltem Brennstoff zur Lagerung und Wiederaufarbeitung könnten in den kommenden 10–15 Jahren Deviseneinkünfte von bis zu 21 Mrd. US-$ erzielt werden. 35% der Einkünfte würde das Minatom dafür aufwenden, die Umweltprobleme in der Umgebung der Anlagen «und in ganz Russland» zu lösen. Die ersten 200 t der importierten Brennstoffe würden in das bestehende Nasslager Krasnojarsk verbracht. Am gleichen Standort würde sodann eine Lagerkapazität von 3000 t zugebaut. Der Abfall schliesslich soll in geologischen Formationen oder kontrolliert in Behältern eingelagert werden.

Aus verzinslichen Rückstellungen will das Minatom künftig auch den Bau neuer Kernkraftwerke finanzieren. Bis 2030 soll die Kernkraftwerkskapazität Russlands verdreifacht werden.

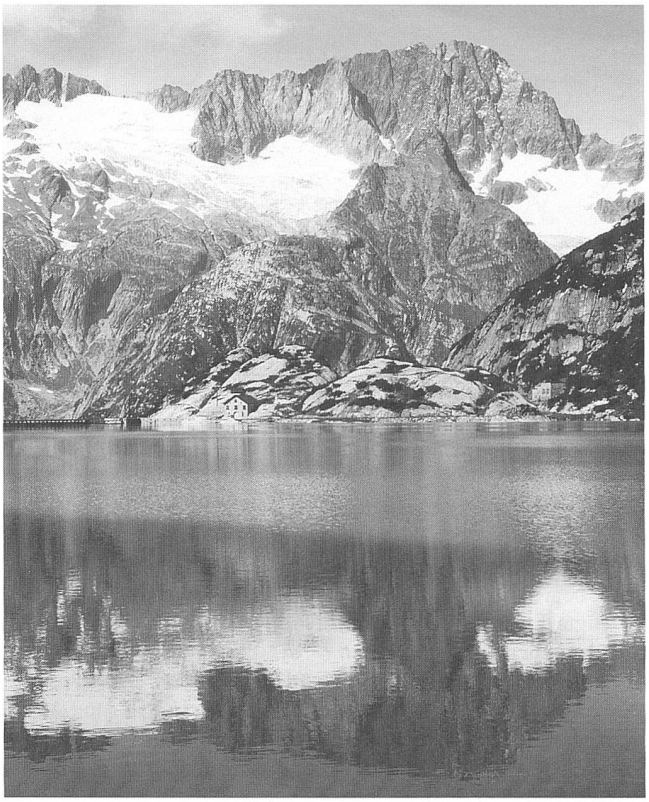


Russland plant den Bau neuer Kernkraftwerke. Im Bild ein russisches KKW der neuen Generation (Modell des Typs WWER 1000 / Photo T. Müller).

Transsibirische Eisenbahn ohne Strom?

(d) Auf der Transsibirischen Eisenbahn droht im Abschnitt Krasnojarsk der Stillstand. Um die Bahnverwaltung an ihre Schulden von insgesamt vier Millionen Franken zu erinnern, nahm der regionale Stromversorger die Haupttransformatoren der Bahn vom Netz. Der Bahnverkehr konnte nur weitergehen, weil die Reserve-Transformatoren noch mit Strom versorgt wurden. Stromabschaltungen in wichtigen wirtschaftlichen und militärischen Anlagen Russlands wegen nicht bezahlter Rechnungen in Millionenhöhe gehören zur Tagesordnung.

Stromabschaltungen bei der Transsibirischen Eisenbahn.



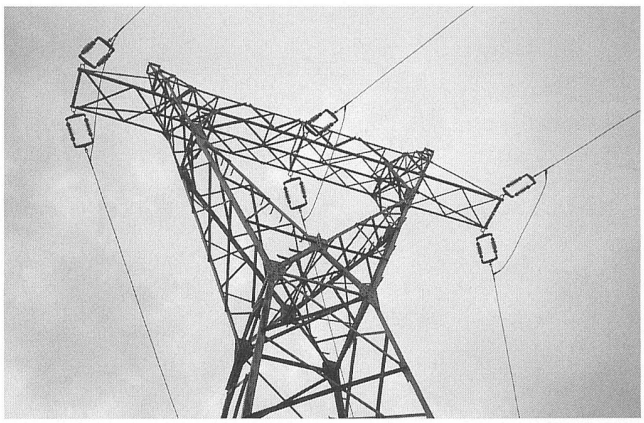
Kennzeichnung umweltfreundlicher Elektrizität aus Wasserkraft.

Integrierte Ansätze für das Gewässermanagement

(eaw) Wasser ist das wichtigste Verbrauchsgut, sei es als Trinkwasser oder für die Produktion von Nahrungsmitteln. Es ist bedeutendster inländischer Stromlieferant und trägt massgeblich zum alltäglichen Komfort bei. Stoffeinträge in Flüsse und Seen, deren Wirkungen nicht abschätzbar sind, der Ruf nach Wirtschaftlichkeit und Privatisierungstendenzen stellen den Gewässerschutz vor neue Herausforderungen. Ein möglicher Weg – den auch die EU beschreitet – sind integrierte Ansätze für das Gewässermanagement. Am 20. September stellte die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz EAWAG Initiativen vor, die zu einem umfassenderen Management beitragen. Die EAWAG entwickelte zum Beispiel gemeinsam mit der Energiewirtschaft und Umweltverbänden ein Label zur Kennzeichnung umweltfreundlicher Elektrizität aus Wasserkraft. Brachliegende Synergien zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen konnten so mobilisiert werden. Kundinnen und Kunden bietet sich damit die Gelegenheit, beim Kauf von Strom durch einen Mehrpreis gezielte Verbesserungen der Gewässer zu bewirken.

Polens Strommarkt bereit für EU-Beitritt

(vdew) Polen hat bei der Liberalisierung seiner Stromwirtschaft die in der Europäischen Union (EU) geltenden Regelungen bereits berücksichtigt. Deshalb ist mit grundlegenden Schwierigkeiten bei der Integration des polnischen Strommarktes in die EU nicht zu rechnen. Das polnische Energierechtsgesetz trat 1997 in Kraft. Es umfasst sämtliche Energiearten mit Ausnahme der Kernenergie. Das Gesetz sichert den polnischen Stromversorgern den Netzzugang auf der Grundlage eines regulierten Zugangs Dritter zum Netz.



Polen: Netzzugang begrenzt auf einheimisch erzeugte Energie.

Heimische Versorger noch geschützt

Gleichzeitig ist der Netzzugang begrenzt auf die in Polen erzeugte Energie. Das schützt vorübergehend die heimischen Stromversorger. Damit können sie sich auf den Wettbewerb in der EU vorbereiten. Im Januar 1999 erhielten 33 Verteilungsunternehmen und 21 grosse Endverbraucher mit einem jährlichen Mindestverbrauch von 100 Millionen Kilowattstunden (Mio. kWh) das Recht zum Netzzugang. Die stufenweise Freigabe des Marktes für inländische Kunden soll bis Ende 2005 abgeschlossen sein. Dann wird jeder Kunde das Recht haben, seinen Stromversorger selbst zu wählen.

Polnische Strombörse ab Mitte 2000

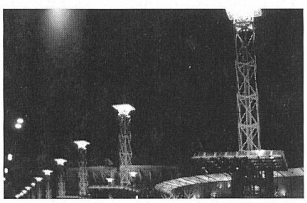
Angesichts des Engagements Polens für eine Mitgliedschaft in der EU ist es jedoch ebenfalls unabdingbar, den polnischen Markt für den internationalen Wettbewerb zu öffnen. Aus der Struktur des polnischen Strommarktes resultiert, dass dieser zu gut einem Drittel für den internationalen Wettbewerb freigegeben wird. Ein wichtiges Element des polnischen Strommarktes wird die Strombörse sein. Zuerst soll der Spot-Markt geschaffen werden. Der Futures-Markt und die Optionen werden folgen. Ziel ist es, rund 15% des in Polen erzeugten Stroms an der Börse zu handeln.

Charta zum Umgang mit Atommüll

(d) Die Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) will bei ihrer 44. Jahrestagung in Wien eine weltweit gültige Charta zum Umgang mit Atommüll erarbeiten. Das Problem sei viel zu lange nicht beachtet worden.

Olympischer Strom

(ea) Um die Olympischen Spiele lebendig zu gestalten, hat EnergyAustralia das grösste elektrische Infrastruktur-Projekt in Australiens Geschichte realisiert. Die olympischen Austragungsorte in Sydney erfordern 17,5 Millionen kWh Strom, genug, um 2000 Heime für ein Jahr zu versorgen. Mehr als 245 km unterirdische Kabel sind auf dem Gelände ausgelegt worden. Es wird erwartet, dass während der Spiele die Nachfrage für Strom um rund 2,5% oder 100 Megawatt ansteigen wird, entsprechend 50 000 durchschnittlichen Wohnheimen. Dazu wurde auch die grösste Photovoltaik-Dachanlage der südlichen Hemisphäre auf dem SuperDome – er hat 300 km Kabel und 13 000 Lichter – gebaut.



Solartürme beim SuperDome in Sydney.

Ständerat für offenen Strommarkt

(m) Auch der Ständerat will den Schweizer Strommarkt öffnen. Er ist am 4. Oktober oppositionslos auf das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) eingetreten. Bis in sechs Jahren nach Inkrafttreten – voraussichtlich 2007 – soll der Markt stufenweise für alle Kunden geöffnet werden. Wie schon der Nationalrat beschloss die Kleine Kammer, das Übertragungsnetz einer einzigen nationalen Gesellschaft zu übertragen. Die Ratsmehrheit sprach sich auch für Bundesdarlehen für Wasserkraftwerke aus, die wegen der Liberalisierung ihre Investitionen nicht mehr amortisieren können.

Keine Befristung der KKW im Gesetz

Der Bundesrat hat am 2. Oktober von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen und in Hinblick auf die Botschaft zum Kernenergiegesetz (KEG) einen Grundsatzentscheid gefällt. Danach wird der Betrieb der schweizerischen Kernkraftwerke (KKW) nicht befristet. Solange die Sicherheit gewährleistet ist, dürfen die KKW weiterbetrieben werden. Der Bundesrat hat bei seinem Entscheid mit berücksichtigt, dass eine Befristung auf einen Zeitraum, der unter der heute geschätzten technisch möglichen Betriebsdauer liegt, zu grossen volkswirtschaftlichen Verlusten führen würde. Ausserdem werde mit einem längeren Weiterbetrieb der Kernkraftwerke die CO_2-Problematik entschärft.

Verlängerung des KEG-Bundesbeschlusses

Der Ständerat sprach sich am 4. Oktober einstimmig für die Verlängerung des Bundesbeschlusses zum Kernenergiegesetz (KEG) aus. Der Nationalrat hatte der Verlängerung ebenfalls oppositionslos in der Sommersession zugestimmt. Die Geltungsdauer wird damit bis Ende 2010 verlängert. Die Botschaft zum neuen Kernenergiegesetz soll spätestens im März 2001 dem Parlament unterbreitet werden.

Entsorgungsfonds für Kernkraftwerke

(uv) Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat die Verwaltungskommission des Entsorgungsfonds eingesetzt. Diese wird in einem nächsten Schritt die Organisationsstruktur und Anlagepolitik des Fonds festlegen. Nach Inkrafttreten des entsprechenden Reglements werden im Jahr 2001 die ersten Gelder in den Fonds fliessen.